

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4,50, monatlich 1,50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltene Zeile oder deren Raum 70 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 230.

Donnerstag, den 2. Oktober 1919.

26. Jahrg.

## Ströbel über die Reaktion in Deutschland.

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ stellt Heinrich Ströbel, anknüpfend an Scheidemanns Rede in Kassel, interessante Betrachtungen an über die unverkennbare Gefahr der reaktionären Strömungen in Deutschland, die sich täglich unliebsamer bemerkbar machen. Er findet Scheidemanns Vorstoß beachtenswert und weist dann an einer Reihe von Beispielen darauf hin, wie recht Scheidemann als Sprachrohr des heftigen proletarischen Unwillens hatte, wenn er auf die Gefahren einer Vogel-Strauß-Politik gegenüber der Reaktion aufmerksam machte. Es sei aber keineswegs die Offizierskaste, keineswegs Junkertum und Großkapital allein, das sich nach der guten alten Zeit der ungetroffenen Polizei- und Klassenherrschaft zurückzieht. Fast die ganze Mittelklasse sei ebenfalls reaktionär geblieben. Wenn auch in manchen Schichten des „neuen Mittelstandes“ der Techniker, Bankbeamten usw. durch die Revolution das Verständnis für die sozialen Aufgaben der Zeit gewertet worden ist, so würden umgekehrt durch die Lohnkämpfe und Sozialisierungsbestrebungen der Arbeiter andere Zwischenschichten, wie Kleinhändler und Handwerker wieder in die Reihen einer antisemitisch verbrämten Reaktion getrieben. Besonders reaktionär empfinden die ungeheure Mehrheit der Bauern, die erbittert sind über die Preissteigerung für die notwendigen Artikel, über das Steigen der Löhne des Landproletariats, über die notwendig gewordene Erhöhung der Steuern, und nicht minder über die Bemühungen der Arbeiterschaft, sich gegen die unerträgliche Verteuerung der Agrarprodukte zu schützen. Ströbel weist mit Recht darauf hin, daß sich durch die immer schärfere Zuspitzung der materiellen Konflikte auch eine politische Umschichtung vollziehe, die auf nichts anderes, als auf eine Konsolidierung der Reaktion hinausläuft, und die schließlich die Republik mit einer gegenrevolutionären Katastrophe bedroht.

Trotzdem sei es aber noch nicht zu spät zur Rettung der Republik und der Demokratie, denn das deutsche Proletariat bilde trotz alledem noch eine Macht, an der sich die Reaktion den Schädel einrennen könne, wenn eine offene Kraftprobe ausgefochten werden müsse.

Unbedingte Notwendigkeit einer wirklichen Abwehr aber wäre die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte. Solange die deutsche Arbeiterschaft in feindliche Heerlager zerfalle, solange könne dem verderblichen Treiben der monarchistischen Verschwörer kein Einhalt geboten werden. Ströbel zitiert dann die Mahnung Scheidemanns an die Unabhängigen, doch ihre bolschewistischen Illusionen aufzugeben und zu erkennen, daß trotz verschiedener persönlicher Einwände die Mahnung Scheidemanns als berechtigt an. Er schreibt darüber seinen unabhängigen Freunden folgendes ins Gewissen:

„Auch die Unabhängigen sollten endlich begreifen, daß eine Sicherung der deutschen Demokratie und die Bemühen dieser Demokratie zur Herausarbeitung sozialistischer Gesellschaftsformen nur möglich ist, wenn das gesamte deutsche Proletariat in vereinter Kraftmässigkeit der Widerstand der kapitalistischen Gegenkräfte niederzuringen vermag.“

Dazu kommt man aber nicht durch den bis zum Ueberdruß eintönigen Ruf nach der Diktatur und eine Opposition um jeden Preis, sondern nur durch eine Politik, die das wirtschaftlich Mögliche klar erkennt und scharf formuliert und ihre sozialistischen Ziele durch demokratische Mittel durchzusetzen sucht. Die Landeskonferenz der Unabhängigen, die kürzlich in Berlin tagte, zeigte eine erfreuliche Tendenz zur Klärung, noch gibt es aber noch immer beträchtlich in den Reihen der Partei. Noch sitzen in den Redaktionen großer Wälder und sogar im Parteivorstand selbst prinzipielle Gegner des parlamentarisch-demokratischen Systems und Verfechter der nackten Diktatur, noch gibt es innerhalb der Unabhängigen fünfserlei und sechserlei Ansichten über die Gewerkschaftspolitik.

Eine Partei, die solche Gegensätze umschließt, ist aktionsunfähig, ist außerstande, ihr Maßengewicht in politische Geltung umzusetzen. Und es wäre dringend zu wünschen, daß die klügeren Köpfe der Partei, daß namentlich Haack und Hilferding ihre Ueberzeugung so klar und entschieden aussprechen lernten, wie das Kautsky längst getan hat.“

Wir können diese ernste Mahnungen Ströbels nur unterstreichen und bedauern gleichzeitig, daß ein Mann wie Ströbel in seiner Partei so wenig gilt. Würden die Unabhängigen die Mahnung ihres Parteifreundes Ströbel befolgen, dann brauchte das Proletariat nichts zu befürchten. Solange aber Unabhängige in einflussreicher Stellung die wirklich ernstlichen Bemühungen Ströbels als „Einigkeitssimmel“ bezeichnen, wird die Reaktion immer wieder neue Kräfte erhalten und an eine wirkliche Sicherung der Revolution ist kaum zu denken.

Dabei verkennen wir natürlich keineswegs auch die Berechtigung der Vorwürfe, die Ströbel gegen falsche Regierungsmassnahmen geltend macht. Er beklagt sich beispielsweise über den Innenminister Heine, der dem Unabhängigen Bogherr die Bestätigung als Landrat verweigert hat. Dadurch kann er den Unabhängigen natürlich die Vorzüge der Demokratie nicht demonstrieren. Man soll die Unabhängigen zu praktischer politischer Verwaltungsarbeit überall heranziehen, denn dadurch kann man ihnen am besten das Unmögliche

ihrer Negationspolitik klar machen. Man soll nicht unter Vergewaltigung der demokratischen Grundsätze die Unabhängigen brüsk zurückstoßen, denn das kann niemals die Unabhängigen von dem Unmöglichen ihrer Politik überzeugen.

Also vor allen Dingen Einsicht bei den Unabhängigen. Die Freude zur praktischen Arbeit auf der Grundlage des Erfurter Programms fördern durch Verzichtleistung auf Gewalt und Utopien. Und auf der anderen Seite natürlich auch, solange die Arbeiterschaft in verschiedene Heerlager getrennt ist, loyale Einsicht und demokratische Gleichberechtigung.

So begegnet man am besten der reaktionären Gefahr und meidet den proletarischen Bruderkrieg, zum Segen des Proletariats und zum Niedergang aller reaktionären Tendenzen in Deutschland.

## Der Wiedereintritt der Demokratie in die Regierung.

Schon seit einer Woche vermüht sich die bürgerliche Presse mit allerlei Kombinationen über den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung. Die Aemter werden verteilt, ein neues Regierungsprogramm wird verkündet, die Konzeptionen, welche Zentrum und Sozialdemokraten an die Demokraten gemacht haben, werden begrüßt und gefeiert — und alles ist nicht wahr. Das erkennt man schon daraus, daß diese Kombinationen jeden Tag anders lauten. Heute wird z. B. gemeldet, daß beim Betriebsrätegesetz die Regierung den Wünschen der Demokraten weit entgegengekommen sei. Gestern hieß es, daß beim Betriebsrätegesetz gar keine Meinungsverschiedenheiten befänden, weil der demokratische Arbeiterabgeordnete Erkelenz, der das Gesetz im Ausschuss ziemlich unfreundlich behandelt hatte, nicht im Namen der demokratischen Fraktion gesprochen hätte. Morgen wird es wahrscheinlich wieder so heißen wie vorgestern.

Das „Berliner Tageblatt“ glaubt berichten zu sollen, daß die Forderungen, auf deren Erfüllung die Demokraten für ihren Eintritt in das Kabinett bestanden haben, seitens der übrigen Parteien in allen wesentlichen Punkten bewilligt worden seien. Insbesondere sei den Demokraten, in der Frage des Betriebsrätegesetzes entgegengekommen. Diese Darstellung widerspricht dem Tatbestand. Von einem derartigen Kompromiß kann keine Rede sein. Es steht fest, daß die Sozialdemokraten vor vorgehen den vorliegenden Entwurf des Betriebsrätegesetzes als ein unannehmliches Minimum erklärt haben, eine Erklärung, die von den Demokraten auch als selbstverständlich entgegengenommen worden ist.

Nach den neuesten Meldungen des „B. T.“ haben die Verhandlungen über die Umbildung des Kabinetts Mittwoch bezüglich der Ressorts zu einer vollen Verständigung geführt. Die Demokraten übernehmen das Ministerium der Justiz, dessen Leiter gleichzeitig mit der Vertretung des Reichskanzlers betraut wird, das Ministerium des Innern, sowie das Ministerium zur Durchführung der wirtschaftlichen Friedensbestimmungen, insbesondere des Wiederaufbaus von Nord-Frankreich und Belgien. Die endgültige Bezeichnung und Geschäftsbegrenzung bleibt vorbehalten. Auf Grund dieser Verständigung wird der Herr Reichskanzler im Auftrage des Reichspräsidenten die in der Verfassung vorgeschriebenen Verhandlungen führen, die, wie angenommen werden darf, noch im Laufe des heutigen Tages zum Abschluß kommen werden. Minister Danil wird dem Kabinett als Minister ohne Portefeuille angehören. Der interfraktionelle Ausschuss tritt wie früher unter dem Vorsitz des Herrn von Payer wieder in Tätigkeit.

## Deutsche Nationalversammlung.

Mittwoch, 1. Oktober 1919.

88. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1.30 Uhr.

### Das Tumultgeschadengesetz.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs über den Ersatz für die durch innere Unruhen entstandenen Schäden wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Graf zu Dohna (DVP): Der jetzige Zustand ist unerträglich geworden. Die Geschädigten sind in große Notlage geraten. Ohne große Veränderungen wird der Entwurf nicht zum Gesetze werden können. Ich beantrage Ueberweisung an die Verfassungskommission.

Dr. Cohn (Unabh.): Die Vorlage faßt die revolutionäre Welle viel zu formalistisch auf. Die Tumulte sind oft nur von Reichswehrtruppen hervorgerufen worden. (Lachen.) Der bisherige Rechtszustand ist unhaltbar. Meiner Ansicht nach können Gemeinden überhaupt nicht herangezogen werden. Wir lehnen gute Ratsschlüsse des Unterstaatssekretärs Dr. Lewald ab. Einwohnerwehren sind der Hort der Gegenrevolution.

Unterstaatssekretär Dr. Lewald weist die persönlichen Angriffe Dr. Cohns zurück.

Die Vorlage wird einem Ausschuss von 21 Mitgliedern überwiesen.

### Eine große Valutainterpellation.

Auf der Tagesordnung steht sodann eine Anfrage der deutschen Volkspartei über die Massnahmen der Regierung zur Behebung des Tiefstandes der deutschen Valuta.

Abg. Dr. Hugo (DVP) begründet die Interpellation. Tausende von Unternehmungen mit Millionen von Arbeitern hängen in ihrer Existenz davon ab, ob es gelingt, die Verbindung mit dem Weltmarkt wieder zu gewinnen. Die Schifffahrt ist nicht mehr

instande, dem deutschen Volke Gewinne zur Herab der Zahlungsbilanz zu sichern. Ich frage die Regierung, ob es nicht möglich wäre, rechts des Rheines Zustände zu schaffen, die weniger verheerend für die deutsche Wirtschaft wären als die jetzigen, infolge der kontrollierten Einfuhr. Auch hätte man dem ausländischen Fabrikat ein deutsches Produkt gegenüberstellen können, wenn man rechtzeitig Rohstoffe eingekauft hätte. Den letzten Stoß hat die deutsche Valuta durch die Politik des Reichswirtschaftsministers erlitten. (Widerpruch im Zentrum.) Man sollte auf Wucher als Strafe Zwangsarbeit setzen. Die Arbeitslosenunterstützung muß abgebaut, Akkordarbeit eingeführt werden.

Reichsminister Erzberger: Ich habe nie eine Notenabstemplung, sondern nur einen Notenumtausch zur Herab der Kapitalflucht verlangt. Der Sinn der ganzen Hugoschen Rede war: Erzberger muß weg, dann wird die Valuta besser. Es ist nicht richtig, daß das Ausland kein Vertrauen zu mir hat. Gestern hat mein Vertreter in Holland einen großen Valutakredit abgeschlossen. Die Valuta kann sich nur langsam bessern. In Deutschland werden alle arbeiten müssen. Die Arbeitslosenunterstützung wird abgebaut werden, aber jetzt bei dem harten Winter ist die gänzliche Beseitigung ganz unmöglich. Die Akkordarbeit wird im steigendem Maße eingeführt und wird in den Reichsbetrieben bereits mit gutem Erfolg gehandhabt. Rohstoffe haben wir so viele eingeführt als wir bezahlen konnten. Sätten wir noch mehr Rohstoffe gekauft, so wäre die Valuta noch mehr gestiegen. Der Luxus ist derzeit noch immer unerhört. Das deutsche Volk verfrachtet täglich für 3 Millionen Mark Kaffee; das muß verwundet wirken. Mit der absoluten Aufhebung der Zwangswirtschaft würden wir das deutsche Wirtschaftszentrum ruinieren. So nötig wir Kupfer haben, wir können die Kupfererzeugung doch nicht schrankenlos freigeben. Welcher Industrie zuerst Hilfe geleistet werden soll, werden Besprechungen mit dem Reichswirtschaftsministerium ergeben. Bedauerlicherweise verkauft die deutsche Industrie nach dem Auslande viel zu billig. Die Valuta kann auch nicht gesunden, wenn die Kapital- und Steuerflucht so weiter geht, wie in den letzten Monaten. Erfreulicherweise hat die Arbeitsfreudigkeit allgemein ganz erheblich zugenommen. Es wird auch in den Bergwerken mehr gefördert. Die Regierung wird nun noch für bessere Lebensmittelpreise sorgen, demnächst soll Fleisch und Speck billig abgegeben werden. Die Schwierigkeit der Kohlenfrage liegt im Transport. Wissehaft wird sogar auf bestimmte Zeit der Verkehrseinfuhr eingestrichelt werden.

Die Besprechung der Interpellation wird beschlossen.

Braun-Franken (Soz.): Der Forderung des Abgeordneten Hugo auf weitere Aufhebung der Zwangswirtschaft, kann ich nicht beistimmen. Wenn der Sturz des Marktfusses im Inlande nicht sehr erheblich ist, so verdanken wir das nicht Herrn Hugo und seinen Freunden, sondern der Planwirtschaft des Finanzministeriums. Die Notlage auf dem Geldmarkt ist eine europäische Erscheinung. Es ist lächerlich zu sagen, daß alles bei uns besser stünde, wenn wir eine andere Regierung hätten. Unsere traurige wirtschaftliche Lage erklärt sich ganz natürlich aus dem Krieg und seinen Folgen. Der einfachste Mann weiß, daß wir vor dem Krieg unsere Waren nicht mit Gold oder Weshien, sondern wieder mit Waren bezahlt haben. Uns fehlen Rohstoffe. Wir müssen heute aus Argentinien Häute bekommen, um Schuhe machen zu können. Die Minderung der Leistung des deutschen Volkes ist nicht damit zu erklären, wie es Abg. Hugo getan hat, daß man sagt, die Arbeiter hätten ihre Pflicht nicht getan. Wenn eine Unruhr zur Arbeit vorhanden ist, so ist dies die Folge der 4½-jährigen Entwöhnung von der Arbeit, die der Krieg verschuldet hat. Erfreulich aber ist, wie der Finanzminister Erzberger hervorgehoben hat, und wie ich bestätigen kann, daß die Arbeitsfreudigkeit bei den deutschen Arbeitern ununterbrochen im Steigen ist. Waren es die oberen Klassen, die Deutschland in den Krieg geführt haben, so wird es die Arbeiterklasse sein, die Deutschland wieder hoch bringt. Auf diese Weise wird die Valutafrage am besten gelöst. (Leb. Bravo! bei den Soz.)

Abg. Gohle (Dem.): Eine dauernde Besserung der Valuta ist solange nicht möglich, solange die Preise auf dem inneren deutschen Markt nicht den Weltmarktpreisen annähernd gleich gebracht sind. Wir sind tatsächlich das billigste Land der Welt. Ohne eine Verstopfung des Loches im Westen ist eine Planwirtschaft bei uns unmöglich. Geht doch sogar Brotgetreide nach den Ländern des Westens, weil die Getreidepreise dort höher sind als bei uns. Wenn wir nicht bald mit der Zwangswirtschaft brechen, wird es einen Riesenschaden geben. Wir brauchen Rohstoffe, damit unsere Industrie arbeiten kann. Dafür aber ist eine möglichst große Ausfuhr die Voraussetzung. Deshalb war es verbrecherisch, wenn bei dem Berliner Metallarbeiterstreik gelang wurde, die Ausfuhrbetriebe zuerst bestrickt werden. Ueberhaupt kann gegen diesen leichtfertigerweise angesetzten Streik nicht scharf genug Einspruch erhoben werden. Es ist daher höchst sonderbar, daß gewisse Kreise, ich meine ausdrücklich den Oberbürgermeister Wermuth, sich bemüht gefühlt haben, Verhandlungen anzubahnen. In diesem Falle aber wäre es ein Unrecht, wenn man gegenüber einem so trivialen Streik nicht fest bleibt. Diese Streikagitatoren dürfen keinen Erfolg haben, sonst kommen wir nicht zu geordneten Verhältnissen. Das Vertrauen des Auslandes zu uns wird geschwächt, wenn wir zu viel Zwangswirtschaft und zu viel Sozialisierung haben.

Reichsfinanzminister Erzberger: Solange die Entente uns nicht zu Herren unserer Westgrenze macht, solange ist es tatsächlich unmöglich, das deutsche Wirtschaftsleben in Ordnung zu bringen und eine geordnete Finanzpolitik zu treiben. Eine sofortige Annäherung der innerdeutschen Preise an die Weltmarktpreise ist nicht möglich, denn das würde eine vier- bis fünffache Verteuerung bedeuten. Wir lassen die Ausfuhr möglichst unbehindert.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: In der staatlichen Subventionierung zur Senkung der Lebensmittelpreise ist uns Frankreich bereits während des Krieges und später auch England vorangegangen. In der Lederversorgung ist die Rückkehr zur Zwangswirtschaft unmöglich. Petroleum brauchen wir in solchen Mengen, daß wir es der armen Bevölkerung zu ertüchtlichen Preisen nicht liefern können, ohne erhebliche Senkung der Valuta werden sich diese Zustände nicht bessern.

Abg. Gohle (DVP): Die Erklärung des Reichswirtschaftsministers und auch des Finanzministers haben recht wenig zur Klärung der Lage beigetragen. Die Hauptursachen des schlechten

Standes unserer Valuta sind die Ueberbewertung mit Waren aus dem Westen und der ungeheure Einfuhrüberschuß.

Hg. S. 13 (3): Man darf den Einfluß der politischen Verhältnisse auf den Stand der Valuta nicht überschätzen. Die Mittel zur Hebung der Valuta sind Beschränkung der Einfuhr, Steigerung der Ausfuhr, Beförderung von Krediten.

Donnerstag: Fortsetzung der Beratung, demokratische Interpellation über den kleinen Wohnungsbau. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Reichszuschuß für Lebensmittel.

Gegen Ende des Monats wird, wie gemeldet, eine Verbesserung des Brotes eintreten, weil alsdann das Getreide weniger scharf ausgemahlen werden wird. Allerdings wird dadurch auch der Preis für das Brot erhöht werden müssen.

Es soll der Bevölkerung aber nicht zugemutet werden, die ganze Erhöhung tragen zu müssen. Das Reich will bis zum 1. April des nächsten Jahres 3 1/2 Milliarden zu den Mehrkosten zuschießen. Die Nationalversammlung soll alsbald darüber beschließen.

### Unterzeichnung des ersten Staatsvertrages mit Polen.

Im Auswärtigen Amt ist Mittwoch der erste Staatsvertrag zwischen Deutschland und Polen unterzeichnet worden. In den einleitenden Worten des Vertrages wird erklärt, daß die beiden Staaten gemillt sind, sich in der Ordnung der gegenwärtigen Verhältnisse entgegenzukommen und zu diesem Zweck zunächst das Abkommen über die Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen, sowie über die Freilassung der Kriegsgefangenen geschlossen wird. Der Vertrag tritt mit dem Augenblick seiner Ratifikation in Kraft. In der Sitzung, in der die Unterzeichnung stattfand, sind die Vertreter Englands und Frankreichs zugezogen worden. Dieses Abkommen ist der erste freie Vertrag, den die Republik Deutschland, aber auch die Republik Polen abgeschlossen hat.

### Rebellierende Junker.

Die pommerischen Agrarier sind auf die Minister Heine und Brauns nicht gut zu sprechen. Die Ortsgruppe Frangburg behauptet weiterhin, „ihre“ Landrat habe der Güntlingswirtschaft weichen müssen und den „Landwirten“ bleibe nichts anderes übrig, als der Regierung mit Mißachtung zu begegnen. Ferner fordern die Halsabstümmer Aufhebung der Zwangswirtschaft, weitem gegen die Eingriffe zur Sicherstellung der Ernte in die Rechte der Arbeitgeber und beschuldigen den Landwirtschaftsminister Braun kommunistischer Tendenzen. In Erkenntnis dieser Tatsache rufen wir die gesamten Landwirte Deutschlands zum Kampf gegen den Landwirtschaftsminister Braun auf und erklären uns mit allen untern Berufsgenossen bis zur äußersten Konsequenz solidarisch.

Das ist der alte Herrenton der Blaublutigen, die sich von ihrem Machtbündel nicht trennen wollen. Diese Blutegele, die das Volk knöcheln und ausfogen, benutzen auch heute jede Gelegenheit, um schrankenlos ihrem alten Gewerbe nachzugehen zu können. Sie wollen zum Kampf rufen. Wenn es unbedingt sein muß, unfähig wird das Volk dem Treiben dieser Herrenmenschen nicht zusehen. Minister Braun erklärte in der preussischen Landesversammlung, daß er auch weiterhin von allen gebotenen Machtmitteln Gebrauch machen werde, wenn Unverstand, Starrsinn und Eigennutz das Gemeinwohl gefährden.

### Die herrenlosen Millionen.

Die „Vossische Zeitung“ meldet: In einem Teil der Presse war behauptet, daß die deutsche Regierung ein Depot von 400 Millionen, das der Ukraine gehöre, zu Unrecht gesperrt habe und daß die jetzige Regierung Koltschak einen Anspruch auf dieses Depot erhebe. Es ist richtig, daß ein Betrag in dieser Höhe zur Verfügung der Reichsregierung steht und daß sie dieses Depot sperre, aber nur, weil sich verschiedene ukrainische Regierungen um dieses Depot streiten, ohne zur Abhebung ausreichend berechtigt zu sein. General Koltschak hat keinerlei Ansprüche gestellt. Das Auswärtige Amt wird das Geld der Stelle ausschütten, die genügende Berechtigung für die Herausgabe geltend machen kann.

### Beforgte Freunde.

Unsere französischen Parteigenossen haben uns im Mai und Anfang Juni immer wieder beschworen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, sie würden schon mit ganzer Kraft dafür sorgen, daß er nicht zur Durchführung gelange und seine Härten abgemildert würden.

Dieser Prozeß beginnt sehr merkwürdig. Vorläufig hält die französische Presse von Besatzungen über die Entwaflnung Deutschlands nach dem Friedensvertrag noch nicht durchgeführt sei. Viel wichtiger als die Entwaflnung des festhalten französischen Militarismus erhebt den französischen Gemütern die Aufgabe, daß das schreiend am Boden liegende Deutschland auch keinen einzigen Soldaten mehr besitzt. Während Clemenceau, der die Verhältnisse kennt, wohl weiß, warum er die völlige Entwaflnung Deutschlands ablehnt, beschwert sich Renaudel, daß der Friedensvertrag, anstatt Deutschland völlig zu entwaflnen, ihm noch ein Berufsheer gelassen hätte. So hatten wir uns die Befestigung des Versailles Vertrages durch unsere französischen Parteigenossen allerdings nicht vorgestellt. Diese haben jetzt nur die eine Sehnsucht, in Deutschland die Unabhängigen aus Kader zu bringen, wobei sie nicht sehen oder sehen wollen, daß dies in vier Wochen die Herrschaft der Kommunisten und den völligen Ruin Deutschlands bedeuten würde. Der „Populaire“ bringt kindische Wahnreden über Reden, die von Unkenntnis der deutschen Verhältnisse irreführen, aber ebenjals darauf berechnet sind, in französischen Parteikreisen für die gänzliche Zerstückelung der deutschen Wehrmacht Sympathie zu erwecken. Für diese Art internationaler Solidarität bedanken wir uns.

### Heimkehr der Gefangenen aus Frankreich.

Wie die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene meldet, sollte die Schweizerische Gesandtschaft in Paris offiziell mit, daß die in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen alsbald nach der Ratifizierung des Friedensvertrages in die Heimat zurücktransportiert werden. Da die Ratifizierung wahrscheinlich in den nächsten Tagen eintreten wird, kann somit mit dem baldigen Abtransport gerechnet werden. Die deutsche Regierung wird dann sofort die nötigen Anordnungen treffen, um den Abtransport, soweit dies irgend in ihrer Macht liegt, zu beschleunigen.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß die Gesamtzahl der uns seit der Note der Allierten vom 29. August zurückgegebenen Kriegsgefangenen sich auf rund 130 000 Mann beläuft.

### Die Arbeitskonferenz in Washington.

Aus St. Germain wird berichtet: Im Namen der Friedenskonferenz richtete Volk an Konsul Mayerhäuser eine Note, in der mitgeteilt wird, daß Präsident Wilson die erste Sitzung der alljährigen Arbeitskonferenz für den 29. Oktober nach Washington einberufen habe. Die Friedensdelegierten hätten am 11. September beschlossen, die Frage der Zulassung der Delegierten Oesterreichs und Deutschlands, abgesehen die österreichische und die deutsche Regierung als juristisch Mitglieder der internationalen Arbeitsorganisation seien, der Arbeitskonferenz zu überlassen und deren Reise nach Washington kein Hindernis in den Weg zu legen.

Die Abgesandten der Mittelmächte sollen also vor der Tür der Arbeitskonferenz warten, ob man sie hereinläßt. Kann man der Verteilung einer Arbeiterkraft, die an kultureller, geistiger und organisatorischer Höhe keiner anderen nachsteht, eine solche Rolle zumuten?

### Die Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland.

„Times“ meldet aus Paris: Der Rat der Allierten hat auf Vorschlag des Marschalls Foch die Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland, falls Deutschland das Baltikum nicht räumt, auf den 20. Oktober festgesetzt. Auch die militärischen Maßnahmen gegen Deutschland beginnen am 20. Oktober. Die vollständige Blockade Deutschlands würde am 1. November wieder in Kraft treten.

### Ungewisses Spiel mit dem Feuer.

In einer Versammlung der deutsch-nationalen Volkspartei hat der Vizepräsident der „Deutschen Zeitung“ erklärt, daß die Alldeutschen für die Wiederaufrichtung eines Kaiserthums der Hohenzollern nötigenfalls auch ihr Blut einzusetzen müßten. Wenn man auch annehmen darf, daß ein derartiges „Spiel mit dem Feuer“ nichts als eine demagogische Demagogie ist, so muß doch darauf hingewiesen sein, daß jeder derartige Versuch, dessen Unzulässigkeit von vornherein klar ist, mit allen Mitteln verhindert werden würde, schon um die Verführten vor unangenehmen Folgen zu bewahren.

### Rußland.

Gegen die Bolschewisten. Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat General Mamontow die Stadt Woroneß eingenommen. Mamontows Truppen rückten nach Süden vor, um die Verbindung mit der Front Denikins herzustellen. 80 000 Mann rote Truppen sollen infolge dieser Operation die Waffen niedergelegt haben.

Nowaja Kuznitsch meldet, daß die Freischaren von Bulak Bulakowitsch die Linien der Bolschewisten durchbrochen haben und nun in deren Rücken operieren. Ganze Abteilungen der Roten gehen zu Bulakowitsch über. Die sog. grünen Truppen (antibolschewistische Bauernscharen) schließen sich ihm an. Denikins Truppen sollen eine geschlossene Front von über 10 000 Kilometern (?) halten. Mit Rumänien hat Denikin, entgegen anderslautenden Nachrichten, keine Uebereinkunft getroffen. Dagegen sind die polnischen Truppen und die Freiwililigen im Sibirien-Abchnitt miteinander in Fühlung getreten.

### Schweden.

Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages. „Svenska Dagbladet“ zufolge hat die schwedische Regierung Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages eingeleitet. Die Verlängerung hat nur für kürzeste Zeit Gültigkeit und zwar bis zur Fertigstellung des neuen Vertrages, der noch in Arbeit ist.

### England.

Die Streikbewegung. Der Arbeiterführer Thomas S. Thompson hat die Zeitungsjäger an einen Sympathietrik der Zeitungsjäger an, wenn diese Blätter fortfahren, gegen den Streik Stellung zu nehmen. Das Washingtoner Schiffsahrtsministerium läßt kein Schiff mehr nach britischen Häfen abgehen. Der „Times“ hat Thomas eine lange Erklärung zugesandt, in der er sie des Aufhebens zum Blutvergießen beschuldigt. Er schreibt in dieser Erklärung ferner, was die Eisenbahner und das Publikum wünschten, sei eine sofortige Regelung, die auch erzielt werden könnte, wenn Lloyd George für die übrigen Eisenbahner dieselben Grundzüge einführen wolle, wie für die Maschinenisten und Heizer. Nach einer Kopenhagener Depesche des „Borwärts“ behauptet die englische Regierung, in so hohem Grade Herr der Situation zu sein, daß sie es nicht für nötig erachtet, das Parlament vor dem 22. Oktober einzuberufen. Das Exekutivkomitee des Transportarbeiterverbandes beschloß für den Fall, daß die Regierung die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Eisenbahnern ablehnt, dem Verbands vorzuschlagen, den Konflikt zu einer nationalen Frage zu machen. Die Regierung sucht in einem Aufruf Heizer, Signalisten, Telegraphen- und Chauffeure für Aufrechterhaltung der Lebensmitteltransporte. Die Postbehörde teilt mit, daß nur die wichtigsten Briefe befördert werden, dagegen keine Pakete. Die Zeitungen haben ihr Format auf die Größe wie während des Krieges eingeschränkt.

Nach einer amtlichen Mitteilung der Regierung gestalte sich der Zugverkehr besser. Nach Daily Chronicle haben sich 30 000 Personen freiwillig gemeldet, um anstelle der streikenden Eisenbahner Dienst zu leisten. Der Automobildienst funktioniert gut. Jedoch zeigen sich die Führer der Eisenbahner nicht weniger zuversichtlich. Thomas sagte am Dienstag in einer Rede: Die Betriebe aus dem ganzen Lande beweisen, daß von einem Zusammenbruch des Streiks nicht gesprochen werden könne. Bis jetzt hätte er die Angebote der anderen Gewerkschaften, in den Sympathietrik zu treten, abgelehnt, so z. B. die der Omnibus- und Straßenbahnangestellten sowie auch der Elektricitätsarbeiter, aber er werde ein nochmaliges Angebot nicht wieder ablehnen.

### Kleine politische Nachrichten.

In Berlin sind Mittwoch 30 kommunistische Versammlungen aufgelöst worden. Nach bürgerlichen Blättermeldungen sind Vorbereitungen getroffen, um zu verhindern, daß die Lohnbewegung der Metallarbeiter durch kommunistische Umtriebe zu einem politischen Generalstreik ansart.

Die Angehörigen des Berliner Zeitungsgewerbes setzen in einer Lohnbewegung. Der Reichsarbeitsminister will vermitteln.

Clemenceau stellte am Dienstag die Vertrauensfrage, als der Abgeordnete Lesotte die sofortige Beipregung eines Antrages

über die Entwaflnung Deutschlands verlangte. Die Kammer sprach Clemenceau hierauf ihr Vertrauen mit 262 gegen 103 Stimmen aus.

Graf Kanagau ist in Berlin eingetroffen und hat mit dem Auswärtigen Amt und dem Reichsminister Hermann Müller Fühlung genommen. Es handelt sich um die „Schuldfrage des Wiener Neuen Tag“, daß Graf Kanagau die ihm übergebenen Dokumente über die Schuld der Habsburgischen Regierung am Kriegsausbruch nicht in Versailles verwendet habe.

## Wirtschaftliches.

### Eröffnung der Frankfurter Einfuhrmesse.

Der große Börsenfall der Frankfurter Börse vor Mittwoch Zeuge der Eröffnung der ersten Frankfurter Einfuhrmesse. In Tausenden füllte die Bürgerschaft den gewaltigen Raum und die Galerie, um ihrer Anteilnahme an dem gewaltigen Werke einen lebendigen Ausdruck zu verleihen. Oberbürgermeister Moigt richtete als Vertreter der Stadterwaltung herzliche Begrüßungsworte an die Erschienenen. Trotz der großen Schwierigkeiten, die dem Unternehmen vielfach bereitet wurden, seien alle Erwartungen weit überzessen worden. 3000 Aussteller hätten im Vertrauen auf Frankfurt und sein Werk ihren Schritt hierher gewagt. Insbesondere freute er sich, eine große Anzahl Ausländer hier begrüßen zu können. Wenn erst der äußere Frieden hergestellt sein werde, unter dem das deutsche Volk leben, atmen und arbeiten könne, dann werde der innere Friede nicht lange auf sich warten lassen. Deutschland werde sich wieder, wenn auch in bescheidenerer Rolle als früher, als dienendes Glied in der Weltwirtschaft einfügen können. — Kommerzienrat Häfner hieß die Erschienenen im Namen der Handelskammer willkommen. Die heutige Geschäftswelt habe das feste Vertrauen, daß, möge die politische Entwicklung sich wie immer auch gestalten, deutscher Fleiß, deutsche Intelligenz und deutsche Tatkraft wieder einmal ihren Weg in die Welt finden würden. Deutschland könne aus dem Wirtschaftslernen der Völker nicht ausgeschlossen werden. Die Festrede hielt hierauf Professor Oppenheimer von der Universität Frankfurt.

### Eingiehung des Wuchergewinnes im Lederhandel.

Im Reichswirtschaftsministerium steht ein Gesetzentwurf vor dem Abschluß, der die Eingiehung von zwei Dritteln des Gewinnes aus dem Verkauf von Häuten vorsieht. Der Ertrag soll Reich und Gemeinden zu dem Zwecke zugewandt werden, eine Verbilligung des Fleisches zu ermöglichen. Ein weiterer Gesetzentwurf sieht die Eingiehung der Konjunkturgewinne in Leder vor. Der Ertrag soll zur Verbilligung des Schuhwerks verwendet werden. — Hoffentlich merkt auch die Bevölkerung einmal etwas von der Wirkung dieser gesetzgeberischen Maßnahmen.

## Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 2. Oktober.

Aktion Elektriker. Heute abend findet bei Sud, Marlesgrube 22, eine wichtige Versammlung statt. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Dr. jur. Can Diederich Sienau ist vom Senat zum Landrichter bei dem Landgericht der freien und Hansestadt Lübeck und des Oldenburgischen Fürstentums Lübeck mit dem Titel Landgerichtsrat ernannt worden.

Zur Ernährungsfrage. Ueber unsere Ernährungswirtschaft im Winter teilte der Staatskommissar für Volksernährung im Preußen, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Peters einer Versammlung von Pressevertretern folgendes mit: Unsere Ernährungsfrage ist zweifellos gut, besser als im vergangenen Jahre, bei Brotgetreide, ausschließlich Getreide, und auch bei Hafer. Wir haben Aussicht, nicht nur den Winter über, sondern das ganze Wirtschaftsjahr hindurch auszukommen. Natürlich dürfen wir an eine wesentliche Erhöhung der Brotration noch nicht denken. Darüber ist aber eine Herabsetzung der Ausmahlung schon ab 15. Oktober beschlossen. Bei den Kartoffeln bietet sich noch kein klarer Ueberblick, da die Ernte noch nicht abgeschlossen ist. Die Ausmahlung im Weizen sind auch hier gut; nach Osten nehmen sie etwas ab. Immerhin werden wir auch mit den Kartoffeln über das Frühjahr hinaus reichen. Es ist möglich, daß den vielfachen Wünschen, die Kartoffelration zum mindesten von 7 auf 9 Pfund pro Kopf zu erhöhen, entsprechen werden kann. Endgültiges kann aber nicht mitgeteilt werden, bevor nicht das Erntergebnis bekannt ist. Das schwierigste Kapitel bleibt die Fleischherzeugung. Dieser Zustand wird noch erschwert durch die Lederwirtschaft, die es zuwege gebracht hat, daß der Landwirt für das Kalb 700 Mark und der Fleischer für das Fell 800 Mark bekommt. Eine neue Verordnung regelt auch hier die Dinge, jedoch der Mehrerlös bei der Hautauktion auf die Landwirtschaft, Staat und Kommune, die wiederum den Fleischer beteiligen wollen, verteilt werden soll. Die wöchentliche Fettration soll mit 100—150 Gramm aufrechterhalten werden. Die nötigen Fettrohstoffe sind vorhanden. Es handelt sich nur darum, den Margarinfabriken die nötigen Rohstoffe zu liefern.

Wochenbeihilfe. Wie uns mitgeteilt wird, ist das Gesetz über die Wochenbeihilfe, welches am 1. Oktober in Kraft treten sollte, bisher im Reichsgesetzblatt nicht veröffentlicht und hat daher noch keine Gesetzeskraft erlangt.

Ausfuhr von Böttchermwaren. Für Böttchermwaren, insbesondere auch für Fässer und gehobelttes Fagholz, welches wegen seines Verwendungszweckes der Verpadung der finnischen Winter einen wichtigen hiesigen Ausfuhrartikel nach Finnland bildet, ist auf Antrag der hiesigen Handelskammer die bisherige 10prozentige Reichsabgabe mit Wirkung vom 1. September 1919 ab aufgehoben worden.

Freigabe des Gemüsekonzervenhandels. Aus dem Reichsernährungsministerium wird mitgeteilt: Die Ernährungsfrage hat einen weiteren Abbau der Zwangswirtschaft durch die Freigabe des Handels mit Gemüsekonzerven zugelassen. Die Gemüsekonzerven-Kriegsgesellschaft hat daher den Ubfah der Gemüsekonzerven aus der Ernährungsfrage vom 1. September 1919 ab veröffentlicht werden, freigegeben. Eine Beschränkung besteht nur noch insoweit, als die Fabrikanten der Gemüsekonzerven der Kriegsgesellschaft anzugeben haben, in welches Land, in Preußen in welche Provinz, die Konzerven verfrachtet worden sind. Außerdem müssen sie auf Verlangen der Kriegsgesellschaft einen Teil der Fabrikation zurückhalten und nach Anweisung abgeben. Diese Beschränkungen sind notwendig, um eine einigermaßen gleichmäßige Verteilung der Konzerven durch den Handel auf die erforderlichen Bedarfsgebiete zu gewährleisten und um, falls erforderlich, Notstandsmaßnahmen vornehmen zu können.

Verteilung von Roggenmehl. Nachdem die Vorräte an ausländischem Weizenmehl, die bisher als Roggenmehl verteilt wurden, jetzt völlig erschöpft und weitere nennenswerte Mengen für die nächste Zeit nicht zu erwarten sind, soll der versorgungsberechtigten Bevölkerung jetzt Zerealienmehl als Roggenmehl zugeführt werden. Es handelt sich um Roggen-, Gersten- und Weizenmehl. Das Mehl ist beste helle Ware und zu etwa 60 Prozent ausgemahlen.

Gasverbrauch. Die freigegebene Monatsmenge für Oktober beträgt 50 Kubikmeter. Gas darf bis auf weiteres nur in der Zeit von 5 1/2—7 1/2 Uhr morgens, 11—1 1/2 Uhr mittags, 3—4 Uhr nachmittags und 5 1/2—10 Uhr abend, entnommen werden.

Geschäftsbeziehungen mit dem Auslande. Der Handelskammer gehen fortgesetzt Anfragen aller Art wegen Benennung von Bezugsquellen oder von Vertretungen für Häuser im ganzen bisher feindlichen oder neutralen Auslande zu, deren Wert oder Unwert sich in den meisten Fällen zuverlässigen Feststellungen entzieht. Interessenten können das einschlägige Material in der Kanzlei der Handelskammer einsehen.

**Einwohnerwehr.** In der Kompagnie-Versammlung der 10. Kompagnie, St.-Lorenz-Viertel, wurden unter anderem folgende Hauptbeschlüsse gefasst: 1. Die am 1. 10. 19 verammelten Mitglieder der 10. Kompagnie der Einwohnerwehr, St.-Lorenz-Viertel, sind überzeugt, ihren Dienst am Hafen nur im Interesse der Ordnung und des Allgemeinwohls leisten zu haben und sind bereit, solche Dienste auch weiterhin nicht zu versagen. Sie erklären ferner, daß die in den Versammlungen im „Hünshausen“ und im „Gemeinschaftshaus“ ausgesprochenen Beschimpfungen der Mitglieder der Einwohnerwehr nicht im geringsten berühren. 2. Die Mitglieder der Einwohnerwehr der 10. Kompagnie St.-Lorenz-Viertel fordern nur den entgangenen Arbeitsverdienst ersetzt, wie es das Gesetz festsetzt; nicht wie irrtümlich von einigen Mitgliedern angenommen wird, sich für geleistete 12 Stunden bezahlen zu lassen, da sie im Interesse der Allgemeinheit und nicht für Geld diese Pflichten übernehmen. Entstandene bare Auslagen werden selbstverständlich ersetzt.

**Vom Seemannsstreik.** Von der Oberleitung der Einwohnerwehr wird uns geschrieben, daß auf Anordnung des Polizeikommandanten, Herrn Senator Mehlhorn, der Mannschaften der Einwohnerwehr am Freitag, dem 2. Oktober ds. Js., morgens 6 Uhr, aufgehoben ist. Die Lage im Hafen ist derzeit günstig, daß nunmehr vom Polizeiamt durch eigene Beamte und vorübergehend einbestellte Kräfte für Ruhe und Ordnung gesorgt werden kann. Vom Beginn des Streiks — 25. September ds. Js. — an bis zum 1. Oktober einschließlich liefen 13 deutsche Dampfer und ein deutscher Seefahrer ein; davon sind vier nach dem Hochseehafen und einer nach Schluß bestimmt gewesen. Von diesen Dampfern sind neun nach Entladung wieder beladen worden, haben die nötige Besatzung gefunden und sind in See gegangen.

**Der Schachkongress** des Niederbayerischen und oberbayerischen Schachbundes ist beendet. Die Bundesversammlung, die Turniere und die gemeinsam gemittelte Zusammenkunft zur Beendigung des Kongresses sind programmäßig verlaufen. Die Beteiligung war äußerst rege, nicht nur von den Spielern, sondern auch von Fremden, die sich das Spiel in den Marmorhallen ansehen wollten. Im Meisterturnier ist Direktor Carl 1. Sieger geworden, er hat sämtliche Partien gewonnen. Im übrigen ist der eigenartige Fall in dem Meisterturnier eingetreten, daß sämtliche übrigen Meister gleiche Gewinnzähler erhalten haben. Im Meisterschaftsturnier hat den 1. Preis Treinat-Hamburg und den 2. Preis Berggrech-Hamburg errungen. Das Hauptturnier mußte in sechs Gruppen gespielt werden. Die Gruppen-Sieger sind die Herren Baeßl, Kofe, Dr. Junge, Hopf, Liede, Starnitzel und Schäfer. Das erste Nebenturnier wurde in vier Gruppen gespielt. Die Gruppen-Sieger sind die Herren Rosenow und Daelmann, Karp, Bennewitz, Androsch. Im zweiten Nebenturnier wurde in sechs Gruppen gespielt. Die Gruppen-Sieger sind die Herren Schulmerich, Göh, Loewe, Ludemeier und Schent, Dietrich und Hoffschneider. Zum Bundesvorstand wurde Herr Rektor Dimer in Hamburg gewählt. Der nächstjährige Kongress findet in Kiel statt.

**Fußballspiel.** Am Sonntag, dem 28. September, standen sich auf dem Karnerhof in der Fackelburger Allee die beiden jüngsten Fußballvereine des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im Gesellschaftsspiel gegenüber. Beide Mannschaften spielten mit Ehrlichkeit und mit 8 Mann an. Das Schiedsrichterteam hatte ein Lübecker Genosse in dankenswerter Weise übernommen. „Vorwärts“ hat Anstoß, findet sich überraschend schnell zusammen und nach gutem Durchspiel führt — ehe die Rüdnitzer sich besinnen, der erste Schuß im Tor. Der Anstoß bringt die Rüdnitzer nach gutem Durchspiel des Rechtsaußen vor „Vorwärts“ Tor. Doch kann die Mitte die Platte nicht verwerten, da nur 3 Mann im Sturm sind. „Vorwärts“ Verteidigung spielt den Ball nach vorne, der Rechtsaußen brennt durch, flankt und der Linksaußen kann den Ball zum 2. Tor verwandeln. 5 Minuten Spielzeit. Das Spiel wagt auf und ab. Beide Tore kommen des öfteren in Gefahr. Bei Rüdnitz tritt jetzt der 9. Mann als Rechtsaußen ein. Der Rechtsaußen geht zur Mitte. Die Angriffe der Rüdnitzer werden jetzt immer gefährlicher. Bei einem Angriff des rechten Flügel kann der Rechtsaußen das erste Tor für seine Farben buchen. „Vorwärts“ läßt nun merklich nach. Bis zur Halbzeit gelingt es Rüdnitz, durch ihren Mittelfürmer noch zweimal erfolgreich zu sein. Mit 3:2 geht es in die Halbzeit. Nach Halbzeit wird „Vorwärts“ noch kaum gefährlich. In regelmäßigen Abständen fallen noch drei Tore. Ein von Halblinks, dann von Linksaußen, das andere von dem Mittelfürmer. Mit dem Resultat von 6:2 für Rüdnitz endet das Spiel. Beide Mannschaften verfügen über gute Kräfte. Die Ballbehandlung der durchweg jugendlichen Mannschaft vom „Vorwärts“ war sehr gut. Der schwächste Punkt war ohne Zweifel der Torwächter, der sich mit seinem Posten nicht recht befremden konnte.

**Volksküche.** Im September wurden insgesamt 14554 Portionen ausgegeben. Wendenbesitz 8783 Portionen und 2395 Kinderportionen. Ferner 5186 Tassen Kaffee.

**Schwarzau.** Eine Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Freitag, dem 3. Oktober, statt. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist dringend notwendig.

**Schwarzau.** Der erste Vortragsabend des neu gegründeten Volksbildungsvereins für Schwarzau und Umgegend, welcher am 30. September in der Waldhalle stattfand, wurde ausgefüllt durch einen hochinteressanten Vortrag des Herrn Direktors der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft Dr. Ing. H. Fischer. Der Vortrag entwickelte ein Bild über die Verhältnisse, wie sie vor dem Kriege waren und über die Quellen, auf welche Deutschland jetzt zur Aufrechterhaltung seiner Wirtschaft angewiesen ist. Durch Lichtbilder wurde den Zuhörern vor Augen geführt, wie sich auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens die Verhältnisse gänzlich umgestaltet haben. Trotz der großen Semmisse, welche für alle Zweige des Wirtschaftslebens bestehen, müßte als einziges Rettungsmittel vor gänzlicher Verarmung mit allen Kräften an die Produktion gegangen werden. Vor allem heißt es zunächst Kohlen als Betriebsmittel und Rohstoffe für unsere Industrie schaffen. Und dann arbeiten und nochmals arbeiten, damit wir wieder hoch kommen. Zum Schluß machte der Vortragende noch auf die Bedeutung der Volksbildungsvereine aufmerksam und wies nach, daß eine Vertiefung der Bildung zu den Voraussetzungen eines Emporkommens gehöre. Dem hochinteressanten und belehrenden Vortrage werden weitere folgen.

**Heilschloß.** In der Nordsee Heiliger wurde, wie berichtet, kürzlich die Ehefrau des erkrankten Kapitäns Heiliger in Heilschloß verhaftet. Die Frau ist jetzt, die nach wie vor leugnet, zu dem Tode ihres Gatten in irgendwelcher Beziehung zu stehen, in das Altonaer Gerichtsgewand eingeliefert worden.

**Hamburg.** Raubüberfall auf die Kasse des Vorortbahnhofs Landwehr. In der letzten Nacht erschienen zwei unbekannte Männer, vollständig verkleidet, und versuchten, die Kasse der Kasse des Landwehrbahnhofs zu fesseln und die Kasse zu rauben. Auf das Stillschrei der Beamtin entließen die Täter, ohne ihre Absicht ausführen zu können. Beide Räuber waren bewaffnet. — Ein weiblicher Reichenkloberer. Nach einem gemüthlichen Festgelage kam der Schlächtermeister T. stark ergrünnet nach Hause. Vor einer Seitentreppe sank der Fester ermüdet nieder und schlief ein. Das Ankläger wollte es, daß die Paderin E. gerade vorüberkam und den Schlächtermeister schlafend anfaß. Die E. sah, daß die Paderin des Schlafenden auf der Straße lag, nahm diese an sich und hatte dem Schläfer auch noch die goldene Uhr mit der Kette ab. Die Briefflasche enthielt eine größere Barsumme, die die E. gut gebrauchen konnte, da sie nicht nur bei ihrer Logiswirtin, sondern auch noch bei Hauswirtschen Schulden hatte. Diese drückenden Sorgen wurden zunächst erledigt. Das verbleibende Geld wurde für verschiedene Sachen und Neuanschaffungen verausgabt. Sodann ging es an den Verkauf der goldenen Uhr. Hierbei ging's noch gut ab, doch beim Verkauf der Kette wurde die Diebin von der Nemosis erwischt. Sie geriet in Haft und mußte ihr nächtliches Erlebnis beichten.

**Hamburg.** Stellungnahme der Hafenarbeiter zum Streik der Seelen. Die Leitung des Transport-

arbeiterverbandes hatte Mittwochabend eine Versammlung der Hafenarbeiter einberufen betreffs Stellungnahme zum Streik des Seemannsbundes. Es kam zuerst zu stürmischen Auseinandersetzungen. Nach längerer, teilweise sehr erregter Debatte wurde die folgende Entschließung angenommen: „Die Versammlung nimmt den Bericht über den Streik entgegen und erklärt, daß der Kampf des Seemannsbundes und der Union gegen die gewerkschaftliche Organisation, den Deutschen Transportarbeiter-Verband und damit gegen die Arbeiter selbst richtig, als verwerflich und lehnt es ab, da keine Berechtigung für diesen Sympathiestreik vorliegt, sich an diesem zu beteiligen.“

**Hamburg.** Flugdienst Hamburg-Balkan. Die „Wittagspost“ meldet aus Prag: Seit einigen Tagen befindet sich in Prag der Vertreter einer großen englischen Gesellschaft, der mit der tschechischen Regierung Verhandlungen führt über die Einrichtung eines regelmäßigen Flugdienstes von Deutschland nach Prag und nach dem Balkan. Der Flugdienst soll von Hamburg aus über Berlin nach Prag und von dort über Wien nach Belgrad gehen mit Abzweigungen nach Budapest, Konstantinopel, Batareid und Saloniki. Der Betrieb soll bereits im Frühjahr des nächsten Jahres eröffnet werden.

**Hamburg.** Ein verdienter Reinfall. Die „Hamburger Volkszeitung“ hat einen Reinfall erlebt, der in der Geschichte der Zeitungsgeschichte fast einzig dasteht. Das Blatt druckt den Bericht über die Rede des französischen Sozialisten Jean Longuet ab (unseren Lesern bekannt) und bemerkt am Schluß dazu: „Der Führer der französischen Linkssozialisten weiß sehr gut, daß die Entente-Kapitalisten die Hart unter sozialistischem Einfluß stehende deutsche Republik vor allem darum zu zerstören und lebensunfähig machen möchten, weil sie das Beispiel für die Arbeiter der Entente-Staaten fürchten. Nur die deutschen Unabhängigen begehen aus purer Wut gegen die verhassten Rechtssozialisten nicht, was die Entente anstrebt, und leisten durch ihre Verhättnisse den Entente-Kapitalisten nichts als Heeresdienste.“ Es ist schon wiederholt gesagt worden, daß im Lager der Unabhängigen an zwei Duzend „grundtätliche“ Meinungen bunt durcheinanderwirbeln, was bei einer Partei der ausgeprochenen Grundlosigkeit nicht verwunderlich ist. Daß aber ein führendes Organ hier die eigene Partei in dieser hahnenbüchernen Weise kennzeichnet, steht einzig da.

**Kiel.** In Stücke gerissen. Durch eine Munitionsexplosion wurde gestern nachmittags in der Minenmontage-Abteilung der Securitas-Sprengstoffwerke in Mülbau der Bohrer Müller in Mülau in Stücke gerissen. Ein anderer Arbeiter wurde lebensgefährlich verwundet, während sieben weitere Personen mit leichten Verletzungen davontamen. Das Gebäude wurde fast völlig demoliert.

**Hamburg.** Die Betriebsräteorganisation dem Gewerkschaftsartikell angegliedert. Die Kartell-Kommission hatte eine Zusammenkunft der Vorsitzenden der dem Gewerkschaftsartikell angeschlossenen freien Gewerkschaften einberufen, die Stellung nahm zu dem Beschlusse der Versammlung der Betriebs- und Angestelltenräte vom 20. September im Gewerkschaftshaus (Anschluß der Betriebsräte an das Kartell). Die Beschlüsse ergab die einstimmige Zustimmung der Vorsitzenden, die Betriebsräteorganisation dem Gewerkschaftsartikell anzugliedern.

**Kiel.** Großer Streik in Kiel. Ein allgemeiner Ausbruch der Handels- und Transportarbeiter ist heute zum Ausdruck gekommen. Der gesamte Verkehr wird hier von auf's Härteste betroffen, da nur in der Müllabfuhr, in der Beseitigung von Kranenabfällen und bei den Beerdigungsunternehmen gearbeitet wird. Im übrigen ruht die Arbeit vollständig, auch in der Lebensmittelbranche. Auch die Post hat infolge des Streiks ihren Paketbestelldienst einstellen müssen.

**Kiel.** Der Landarbeiterstreik in Ederndörde. Im Kreise Ederndörde besteht vorläufig keine Aussicht auf Beilegung des Landarbeiterstreiks. Die Arbeitgeber sind an sich bereit zu verhandeln, jedoch nur mit der Organisation der Landarbeiter, während die streikenden Landarbeiter sich bisher außerhalb der Organisation gestellt haben. Es fehlt also eine Basis für die Verhandlungen; sobald diese geschaffen ist, können die Verhandlungen beginnen. Die Notstandsarbeiten werden unter militärischem Schutz durchgeführt.

**Ederndörde.** Der Landarbeiterstreik im Kreise Ederndörde umfaßt siebenundfünfzig Güter. Um bei der Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeber eine Verhandlungsmöglichkeit zu schaffen wird es erforderlich sein, daß die streikenden Landarbeiter, die der Organisation den Rücken kehrten, den Streik dadurch zu einem wilden machen und dadurch die Unmöglichkeit der Verhandlungen bewirken, wieder der Organisation beitreten, da die Arbeitgeber nur von Organisation zu Organisation in Verhandlungen treten wollen. Es scheint, daß bei den Arbeitnehmern eine große Geneigtheit besteht, der Organisation wieder beizutreten.

**Schwerin.** Die Wisnarschen Offiziersmishandlungen fanden zur Aburteilung vor dem Kriegsrichter. Angeklagt waren der frühere Vizeseibwebel Lemke, die Unteroffiziere Brindmann, Wibara und Kiese sowie der Fühler Mischow, die angeklagt sind, eine Anzahl Offiziere der Garnison, als diese den eventl. Abmarsch der Truppen nach Bremen verhinderten, gefangen gesetzt zu haben, wobei schwere Mishandlungen des Majors v. Balfewitz durch die Wobstmenge vorgenommen sind. Alle Angeklagten wurden freigesprochen, nur Wibara, gegen den der Vertreter der Anklage 6 Jahre Gefängnis beantragte, wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

**Sonderburg.** Tondern soll dänisch werden. Der dänische Minister Hansen erklärte in einer in Sonderburg abgehaltenen Versammlung, eine Vorlage der internationalen Kommission für Nordschleswig sei von Dänemark durch eine Note dahin beantwortet worden, daß Dänemark Nordschleswig sofort nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses der ersten Zone zu besetzen wünsche. Von deutscher Seite wollte man dieses verhindern. Dänisches werde alles getan werden, um die sofortige Besetzung des Landes durchzuführen. Ferner teilte Minister Hansen mit, daß Dänemark die deutschen Gemeinden im Süden der ersten Zone, z. B. die Städte Tondern und Hoyer, nicht freigegeben werde, wie auch die Abstimmung ausfalle.

### Kunst und Wissenschaft.

**Hans Thoma,** der große Künstler aus dem badiischen Lande, ist nun, am 2. Oktober, ein Achtzigjähriger geworden. Ein gütiger Mensch, ein prachtvoller Schriftsteller und vor allem ein Maler von fruchtbarer, unermüdbar Schaffenskraft, kann er auf ein an Erfolgen reiches Leben zurückblicken. Vor Monaten hatte die Lübecker Oberbed-Gesellschaft eine Anzahl seiner Gemälde und graphischen Werke ausgestellt. Aus ihnen spricht die milde, personelle Art des badiischen Empfindens, das Hans Thoma Wesen eigen ist. Wälder, Tiere, Menschen und was er gerade malt, haben etwas ungemein Friedliches an sich; sie sind vielfach in eine Schönheit und gemüthvolle Märchenstimmung getaucht, fern allem Menschheitsstampsstimmeln. Auch mit seinen achtzig Jahren ist Thoma nicht gewillt, auf seinen Lorbeeren auszuruhen; sein Leben ist köstlich, denn es ist Arbeit.

### Neueste Nachrichten.

**Die Verhandlungen im Metallarbeiterstreik.** Berlin, 2. Oktober. Gestern nachmittags fanden die ersten verbindlichen Verhandlungen im Metallarbeiterstreik mit dem Reichsminister statt. Der Minister verhandelte mit den beiden Parteien besonders. Die Verhandlungen dürften sich auf mehrere Tage erstrecken und es ist zu erwarten, daß sie zu einer Einigung führen werden.

**Die Engländer gegen Arbeiterdemonstrationen.** Elberfeld, 2. Oktober. Im besetzten Gebiet hat die englische Behörde in Köln Schritte gegen eine zahlreiche Besuche der Versammlung der Metallarbeiter, gegen den Schlichtungsausschuß unternommen und sich im Verein mit der Polizei aus der tausendköpfigen Menge eine Anzahl Verhaftungen vornehmen.

**Offensive gegen Petersburg.** Genf, 2. Oktober. Aus Helzingen melden die Blätter: Die russische Nordwestarmee hat mit einer großen Offensive in der Richtung auf Pskow begonnen. Der Feind zeigt hartnäckigen Widerstand entgegen. Trotzdem wurden bereits 11 Dörfer genommen. Die Offensive dauert an. Bei Wronsk, wo Denikin operiert, sollen 80 000 rote Soldaten die Waffen niedergelegt haben.

**Amerika beantragt den wirtschaftlichen Boykott gegen Rumänien.** Lugano, 2. Oktober. Im Pariser Rat beantragte Amerika einseitig den wirtschaftlichen Boykott gegen Rumänien wegen dessen Verhaltens in Ungarn. Da Frankreich und Italien widersprechen, wurde die Entscheidung bis zum Mittwoch vertagt, da bis dahin der Bericht des nach Rumänien entsandten Sir Clark in Paris eintrifft.

**Die baltischen Staaten für den Frieden mit den Bolschewisten.** Kewal, 2. Oktober. Auf der Konferenz der baltischen Staaten in Dorpat wurde die Frage des Friedensschlusses mit dem bolschewistischen Russland verhandelt. Die baltischen Staaten, die keine imperialistische Politik verfolgen, neigen zu dem Entschluß, mit dem bolschewistischen Russland in Verhandlungen zu treten, umjomehr, als die Bolschewisten aus ganz Estland, Lettland und Litauen vertrieben sein sollen. Man rechnet in Dorpat mit einer im Sinne der Konferenz günstigen Lösung auch dieser Frage.

### Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

**Zur wirtschaftlichen Notlage der Solomittelglieder des Stadttheaters.** Im Lübecker Publikum scheint noch nicht völlige Klarheit über die Tatsachen zu bestehen, die endlich auch die Solomittelglieder unseres Theaters notgedrungen veranlassen, in eine Lohnbewegung größeren Stiles einzutreten. Es sei deshalb gestattet, einige Tatsachen dafür mitzuteilen. Zunächst hat die Gage mit der zunehmenden Verteuerung aller Lebensbedingungen nicht nur nicht Schritt gehalten, sondern ist teilweise sogar auf dem Friedensstande stehen geblieben. So verfügen verschiedene in allererster Position stehende Mitglieder unserer Bühne nur über das gleiche Einkommen, das ihnen im Frieden zu Gebote stand. Man verzeihe diesen Umstand mit den Fortschritten, die überall in der sozialen Bewegung gemacht worden sind, und man wird sich darüber klar werden, daß allein der Künstler in einer unbegreiflichen Langsamkeit seine Arbeitgeber stets aus dem Gefühl der inneren Mission, das ihn trieb, und aus seiner höheren Bildung Kapital schlagen ließ. Ueberall, wo die Kunst in zweiter oder dritter Linie steht, gelingt es den Arbeitnehmern durch zielbewusstes Vorgehen, ihre Vorkosten zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Der Künstler allein bildet sich ein, es sei nicht fair, um seine Existenz zu kämpfen. So hat der Chor eine höhere Gage als Mindestmaß zu erzielen gewagt, als sie an Vertreter erster Fächer im Solopersonal gezahlt wird. Unter den Solomittelgliedern (NB. die erste Fächer vertreten) verdient fast die Hälfte nur ebensoviel bzw. noch bedeutend weniger als der Chor. Auch dürfte es nicht allgemein bekannt sein, daß das technische Personal, wie Beleuchter, Kulissenführer, Freier usw. sich besser stellen als eine beträchtliche Anzahl der künstlerisch tätigen Mitglieder. Der Gedanke liegt fern, die Bezahlung der genannten Berufsgruppen als ungerechtfertigt zu bestreiten, aber schließlich läßt sich die Tatsache nicht von der Hand weisen, daß zum Betriebe eines Theaters auch Schauspieler und Sänger notwendig sind, und daß es nicht angeht, diesen immerhin wichtigen Faktor in der Bezahlung an die dritte Stelle zu setzen, wie es beispielsweise im Sommer geschehen ist und zum Teil noch jetzt geschieht. Man halte doch dagegen die großen Anforderungen an Garderobe, Wäsche, Trikots, Schuhwerk, Schminke usw., die die Solisten zu erfüllen gezwungen sind, und die in gar keinem Verhältnis zu denen der übrigen Berufsgruppen des Theatersbetriebes stehen. Diesen Anforderungen, die im Interesse der Kunst gestellt werden und die nur auf Kosten des künstlerischen Niveau eines Theaters außer acht gelassen werden dürfen, müßte aber auch durch eine entsprechende Bezahlung Rechnung getragen werden. Die Bühnenkünstler können einfach bei der tiefsten Verteuerung aller Lebensbedingungen diesen Anforderungen unter den augenblicklichen Gagenverhältnissen nicht mehr gerecht werden, und wenn ihre wirtschaftliche Lage nicht erheblich gebessert wird, muß über kurz oder lang der Zeitpunkt kommen, wo der größte Teil von ihnen vor dem Nichts steht. Außer den genannten Ausgaben bringt der Beruf des Bühnenkünstlers einen häufigen Aufenthaltswechsel mit sich, der heutzutage bekanntlich Unsummen verschlingt. Auch ist seine Arbeitsteilung eine derartige, daß es ihm einerseits oft unmöglich gemacht wird, eine eigene Wirtschaft zu führen, andererseits er infolge der Gaspreise an der Verteuerung einer warmen Mahlzeit zu den Zeiten, auf die er angewiesen ist, verhindert wird. Aus beidem erwachsen ihm Mehrkosten mannigfacher Art.

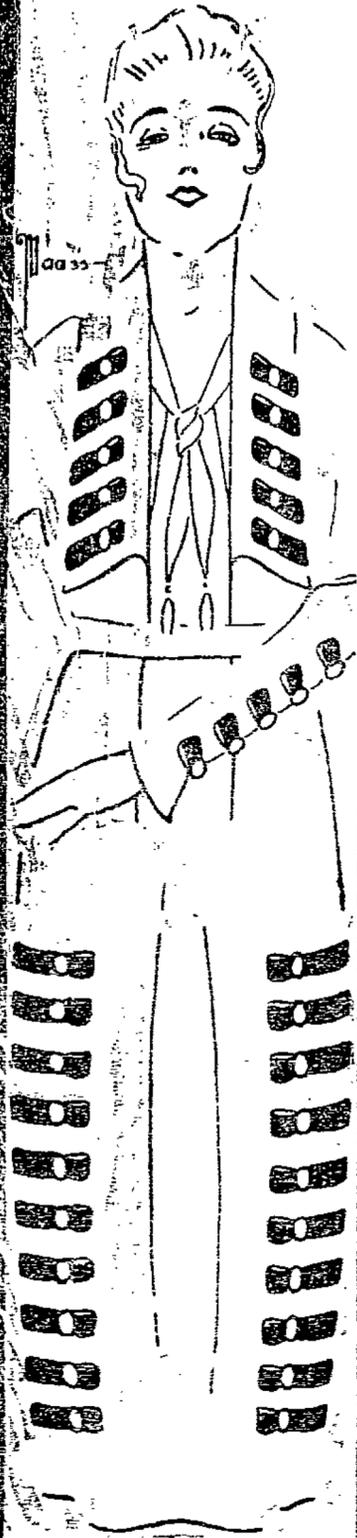
Andere Städte, wie Hagen, Halle, Kassel, Chemnitz, Schwerin, Stettin, Frankfurt a. O. und viele andere haben sich den berechtigten Forderungen ihrer Bühnenmitglieder nicht verschlossen, sondern fanden sich sofort bereit, die wirtschaftliche Lage derselben den Zeitumständen entsprechend wesentlich zu verbessern. Das Gleiche darf man von Lübeck erwarten. Lübeck hat den Ehrgeiz, sich eine Kulturhöhe zu schaffen. Im neuen Deutschland soll dem Vornehmen nach die reine Kunst eine erhöhte Pflege erfahren. Auf dem gleichen Standpunkt steht die Theaterbehörde. So darf man erwarten, daß auch ein breiteres Publikum einen Zustand nicht länger mehr gutheißen wird, der die Künstler veranlaßt, ihr Bestes zu geben und an der Pflege der reinen Kunst mitzuarbeiten, der aber die Mehrkosten, die sich gegenüber einem Geschäftstheater daraus ergeben, einzig den Künstlern aufbürdet und sie so der größten wirtschaftlichen Not ausliefert. Wer ernten will, muß auch mit säen.

Der Ortsauschuß Lübeck der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen.

**Zur Erhebung der Kirchensteuer in Stofelsdorf.** Hier in Stofelsdorf, vor den Toren einer Großstadt, herrschen noch mittelalterliche Zustände betreffs der Erhebung der Kirchensteuer. Es werden eroberten Kirchensteuern (zwei Raten), Stallgebühren, Umlage, Personalsteuer oder Opfr. Jedemal erscheint der Gemeinbedienter mit einer großen Liste, und dann heißt es: „Zahlen!“ Aber eine Listung oder einen Steuerzettel gibts nicht! Der Gemeinbedienter muß leider zu seinem Bedauern erklären: „Eine Quittung kann ich Ihnen nicht geben!“ Zustände dieser Art müssen verschwinden. Wir verlangen einen Steuerzettel, der quittiert wird, wir verlangen, daß bekannt gegeben wird, wann die Kirchensteuer zu zahlen ist. Bei diesen Wunderspreisen hat nicht jeder das Geld so reichlich, daß man immer nur zahlen kann, darum muß es vorher bekannt gegeben werden. Einmal für viele.

Verantwortlicher Redakteur: August Schula. Verleger: Th. Schwary, Druck: Friedr. Meyer & Co. Gedruckt in Lübeck.

# Knöpfe und Tressen



sind die beiden Artikel, die im Herbst 1919 der Modedasgepräge geben. Weit voraussehend, haben wir trotz Knappheit und Teuerung eine riesigen Auswahl von Mengen gekauft.

Gute Qualitäten,  
billige Preise.

Rudolph

## Karstadt Lübeck

**Neu-Lauerhof**  
Morgen Freitag: 8158  
Großes Tanzkränzchen.  
Großes Orchester. Harmonikklub.



## In unseren großen Spezial-Abteilungen

Damen-Konfektion  
Damen-Putz

Eingänge entzückender Neuheiten  
in Herbst- und Winter-Moden.  
Wir bitten um zwanglose Besichtigung.

## In unserm Erfrischungs-Raum

täglich nachmittags von 3 bis 5 1/2 Uhr  
**KÜNSTLER-KONZERT**

der beliebten Kapelle Hornickel,  
Am Büfett

Speisen in reicher Auswahl  
Bratfisch mit Salat — la. Herings-Salat  
Kartoffelpuffer mit Kompott  
Krebssuppe mit frischen Krebsen  
Bohnsuppe mit Einlage etc.

Portion **75** Pfennig

Reiner Bohnenkaffee m. Milch od. Zuck. 40 S  
Echter Tee mit Zucker . . . . . Glas 40 S  
Schokolade in Milch . . . . . Tasse 75 S  
Diverse Torten und Kuchen.

## Holstenhaus

G. m. b. H. Lübeck.

## Volks-Kino. Königstr. 25.

Ab Freitag, d. 3. bis Montag, d. 6. Oktbr. 1919

Erstaufführung.

### Satanella

Sittendrama eines weiblichen Dämons. Glück und  
Ende nach Motiven von Carl Schönfeld.  
In der Hauptrolle: Esther Carena.

Wenn Stürme rauh vorüber ziehn.  
Schauspiel in 4 Akten von Paul Wolters.  
In der Hauptrolle Alice Verden, Königl. Schauspiel-  
haus Dresden.

### Die drei Glückspilze

Ein hervorragendes Lustspiel in 3 Akten  
von Georg Kaiser, Henry Bender.  
Anfang 4 Uhr nachm.

## Stadthallen - Lichtspiele

Lübeck. Mühlenbrücke 13.

Vom 30. 9. bis 6. 10. 1919:

### Die Lieblingsfrau des Maharadscha. II. Teil.

6 Akte, mit Gunnar Tolmaes u. Lilly Jacobzen.

### Der Tausendkünstler.

Lustspiel in 2 Akten. Hauptdarsteller: Carl Alstrup.

### Industriefilm: Von der Seidenraupe bis zur Raue

Aufführungzeiten: Industriefilm 4 und 7 Uhr. 8  
Lustspiel 4.20 und 7.20 Uhr. 6

### Die Lieblingsfrau des Maharadscha: 5 u. 8 Uhr.

## Nur im Biophon!

Heute zuletzt!

Das große Sittendrama

### Die Hand des Schicksals

Drama in 5 Akten. Magda Sonja, Carl Staudt.

Gr. Stuart-Webbs-Schlager!!!

### Der Stier von Saldanta.

Detektiv-Schlager in 4 Akten.

Ernst Reicher als Stuart Webbs.

2. Detektiv-Schlager!!!

### Die geheimnisvolle Gräfin.

Detektiv-Drama in 4 Akten.

Von Akt zu Akt immer spannender. 8166

## Waisenhof Tanz.

Freitag 8174  
u. Sonnabend

## Rüdnic.

G. Miedelmanns Gasthof  
Freitag, 3. Oktober (8202)

### Tanzkränzchen.

Morgen Freitag: (8204)

## Hansa-Halle.

Morgen Freitag: (8204)

### Großes Tanzkränzchen.

Grütl. Streichmusik.

### Sozialdemokratischer Berein

Schwartau-Benisefeld.

### Mitglieder- Versammlung

am Freitag, dem 3. Oktober

abends 7 1/2 Uhr

im Lokale d. Herrn W. Hilprecht,

Gasthof Transvaal,

Schwartau.

Das Erscheinen der Mit-  
glieder ist dringend not-  
wendig. 8181

Der Vorstand.

### Deutscher Metallarbeiter- Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

## Achtung! Bautlempner!

### Versammlung heute,

am Donnerstag, d. 2. Oktober

abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Die Antwort der Unter-  
nehmer auf unsere Lohn-  
forderung.

Wegen der Wichtigkeit  
unserer Lohnbewegung ist  
es Pflicht eines jeden Rol-  
legen in dieser Versamm-  
lung pünktlich zu erscheinen.  
8260) Die Ortsverwaltung.



FROSKÖNIG  
SPRICHT

## Besser als Worte

überzeugt der Vergleich.  
Schlagend beweist er  
die Überlegenheit von  
Schuhputz

## Erdal

schwarz, gelb, braun, rotbraun  
Alleinhersteller: Werner & Metz, Mainz

Konzert-Leitung Ernst Robert.

## Volkstüml. Konzert-Vereinigung Hamburg.

## Erstes Volkstüml. Konzert

am Donnerstag, d. 2. Okt.,  
abends 7 1/2 Uhr, im Kolosseum.

Solistin: Josef Schwarz (Klavier).

Heinrich Kruse (Violoncello).

Karten zu Mk. 3.20, 2.70, 1.70 bei Ernst Robert,  
8176) Breite Straße 29.

Konz.-Kasse von 9-1 u. 3-6 Uhr.

## Spartklub „Einigkeit“, Stodelsbort. Gründungsball

am Sonnabend, dem 4. Oktober 1919  
bei Gastwirt Kost.

Musik: Konzertina-Klub. (8182)

Anfang 7 Uhr. Herren 2 Mk. Damen 1 Mk.

Hierzu laden freundlichst ein Der Vorstand. H. Kost.

Einladung zum

## Ball der Lötter

am Sonnabend, dem 4. Oktober,  
im Gewerkschaftshaus.

Eintritt Herren 1.50 Mk., Damen 1.00 Mk.

Anfang 8 Uhr. (8179) Ende 12 Uhr.

## Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Zahlstelle Lübeck.

### Mitglieder- Versammlung

am Sonnabend, dem 4. Oktober

abends 7 1/2 Uhr,

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Abrechnung v. 3. Quart.

2. Kartellbericht.

3. Bericht über den Stand  
der Lohnbewegungen.

4. Stellungnahme zum  
Erfolgserfolg.

Die Mitglieder werden  
ersucht recht pünktlich zu  
erscheinen.

8196) Der Vorstand.

## Stadttheater Lübeck

(8182)

Donnerstag, d. 2. Oktober:

Schauspielgemeinde

Gelbe Karten.

Anfang 7 Uhr.

### Stella.

Schauspiel in 5 Akten  
von Goethe.

### Laune des Verliebten.

Schäferspiel in einem Akt  
von Goethe.

Zu dieser Vorstellung sind  
Eintrittskarten in beschränk-  
ter Zahl an der Theaterkasse zu  
haben.

Freitag, den 3. Oktober:

3. Vorst. im Freitags-Ab.

### Carmen.

Sonnabend, d. 4. Oktober:

Das Dorf ohne Glocke.

Sonntag, den 5. Oktober:

### Morgenfeier.

Nachmittags 2 1/2 Uhr:

2. Arbeitervorstellung.

### Der Biberpelz.

Zu dieser Vorstellung sind  
Eintrittskarten in beschränk-  
ter Anzahl an der Theater-  
kasse zu haben.

Abends 7 Uhr:  
Lohengrin.

## Hansa-Theater

Donnerstag:

Zum letzten Male!

### Eva

Freitag: (8175)

Schwarzwalddädel.

Sonnabend 7 Uhr:

Erstaufführung!

### Die Faschingstee.

Operette v. E. Kalman.

## Weimar — Berlin.

st. Berlin, 30. September.

Kan ist die Nationalversammlung von dem stillen, friedlichen Weimar in die vom Haften und Jagen erfüllte Reichshauptstadt übergeführt. Soweit der Tagungsraum in Frage kommt, dürfte wohl jeder Abgeordnete mit dem Wechsel zufrieden sein. In dem Nationaltheater in Weimar konnte nach Lage der Sache alles nur sehr primitiv eingerichtet sein; man hatte kaum einen einigermaßen ordentlichen Platz zum Schreiben. Wie ganz anders ist es in dem endgültig „entlasteten“ Reichstagsgebäude. Wer den Sitzungsaal nicht verlassen kann oder will, hat Gelegenheit, auf seinem Platze die notwendigen schriftlichen Arbeiten zu erledigen. Neben einer ausreichenden Anzahl von Schreibzimmern steht ein großer Schreibaal zur Verfügung. Ein prächtiges Lesezimmer steht neben einer reichhaltigen Bibliothek zur Verfügung. Von den Wandelgängen möchten wir vornehmlich nichts sagen — es hätte sonst die „Begehrlichkeit“ allzusehr geweckt werden. Ist so in ausreichender Weise für die Abgeordneten gesorgt, so fehlt doch noch so mancher trotz der für uns Norddeutschen wesentlich längeren Reise nach der prächtig gelegenen Hafenstadt. Dort bewegt sich langsam aber sicher das Straßenbahnnetz durch die Straßen; nur gelegentlich huscht ein Auto durch die Straßen. Hier ist man seines Lebens kaum sicher, wenn man die Straße passieren muß. Und nun noch die Wohnungsfrage! Zwar haben sich auf Inzerate in den Zeitungen eine ganze Anzahl Berliner Einwohner bereit erklärt, Abgeordnete ein Zimmer einzuräumen, aber sie stellen teilweise Bedingungen, die kennzeichnend sind, vom Preis gar nicht zu reden. Die einen wollen nur Angehörige bestimmter Parteien beherbergen, was schließlich noch zu verstehen ist. Was soll man aber sagen, wenn einige Herrschaften Zentrum und Sozialdemokraten, teilweise auch Demokraten davon ausschließen wollen, gegen Zahlung von 300 Mk. monatlich ein Zimmer bei ihnen zu beziehen. Und nun gar die Unabhängigen! Die werden in Acht und Barm gelassen; deren Geld will man gar nicht haben. Damit der Humor auch nicht fehle, sei erwähnt, daß eine alleinstehende, anscheinend ältere Frau Referenzen verlangt, damit sie im Punkte Moral keinerlei Gefahr bei ihrem Mieter-Abgeordneten laufe. An Bescheidenheit in ihren Forderungen leiden die Herrschaften nicht; sie fordern neben einem hohen Mietepreis auch noch, daß die Abgeordneten sich ihr Bettzeug selbst mitbringen. Wie leicht findet sich auch noch jemand, der die Forderung stellt, daß sein eventueller Mieter auch noch die vollständige Zimmereinrichtung mitbringt. Bei der herrschenden Wohnungsnot in Berlin — einem Abgeordneten würde in einem mittleren Hotel der Friedrichstadt für ein Zimmer „nur“ 25 Mk. pro Nacht ohne Frühstück abverlangt — können schon mancherlei Forderungen gestellt werden. So wird auch für die Abgeordneten in Berlin die Wohnungsfrage zu einer Wohnungsfrage!

Am Dienstag fand die erste Sitzung der Nationalversammlung in Berlin statt. Draußen verhältnismäßig wenig Volk — den Berlinern ist das etwas Neues. Drinnen aber herrschte reges Leben. Die Tribünen waren stark besetzt, wenn auch nicht überfüllt. Das lag zum Teil an der etwas trockenen Tagesordnung, 17 Anfragen — das bringt nichts Aufregendes. Ebenfalls wenig die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden, die am Dienstag noch nicht zu Ende geführt wurde.

Die Nationalversammlung ist in Berlin unter wenig besseren Verhältnissen zusammengetreten wie in Weimar. Hoffen wir, daß es ihr gelingt, in Gemeinschaft mit der Regierung das Staatschiff durch alle gefährlichen Klippen hindurch zu loten.

## Die Saboteure an der Internationale.

In den Tagen der Luzerner Konferenz war bei den Unabhängigen die Begeisterung für die 3. Internationale so groß, wie bei vielen ihrer „Größen“ im August 1914 die Kriegsbegeisterung. Die ganze Partei stand im Begriff, mit

fliegenden Fahnen nach Moskau zu marschieren. Dort aber wurden die deutschen „Revolutionsäre“ sehr energisch abgewiesen, und bitter enttäuscht blies man in Deutschland zum Rückzug. Was wollte man tun? In Luzern hatte die unabhängige Vertretung in aller Form erklärt, mit den Mehrheitssozialisten nicht mehr in einer Internationale zusammenzuführen zu wollen, in Moskau bekam man aber den Stuhl vor die Tür gesetzt. Da war es also das Beste, sich auf ihn und damit zwischen die beiden Internationalen zu setzen. Seitdem ist in der U. S. P. die Verlegenheit groß und trotz aller Konferenzen kommt man nicht zur Klarheit.

Am letzten Sonntag wurde auf der Generalversammlung der Bezirksorganisation Berlin von den Unabhängigen die Frage aufs neue aufgerollt. Hilferding hielt das Referat. Ueber die Stellung der Unabhängigen in der Internationale äußerte er sich folgendermaßen:

„Wir würden eine merkwürdige Stellung in der 3. Internationale einnehmen. Wir wären die Prügelknaben der deutschen Kommunisten. Wir wollen uns nicht den Kommunisten ausliefern, das sage ich ganz offen. Als neues Moment kommt hinzu die kontrerevolutionäre Haltung der Mehrheitssozialisten in der sozialistischen Revolution. Die Politik, die sich in einem Noste verlorst, hat mit irgend einem Sozialismus, mag es auch der reteste sein, nichts mehr zu tun. Dieser Partei geben wir nicht die moralische Stütze, daß sie mit uns in irgend einer Körperschaft sitzen darf. Diesen Kampf müssen wir in Genf führen.“

Das heißt also soviel: In die 3. Internationale können wir nicht hinein, (ganz abgesehen davon, daß man sie auch gar nicht hineinläßt). In der 2. Internationale ist für uns aber nur Platz, wenn man die Mehrheitssozialisten hinauswirft. Das will man in Genf erreichen und Hilferding hofft auf einen Erfolg, denn er führt aus:

„Ohne die unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands ist die 2. Internationale nicht aktionsfähig. Wir würden nicht allein herausgehen, wir würden alles mit uns ziehen, was auf unseren Boden stände. Diese Situation kommt nicht wieder für uns. Wir müssen bedenken, daß der deutsche Sozialismus kompromittiert ist in der ganzen Welt. Es hieße diese Stellung unnütz opfern, wenn wir nicht nach Genf gingen. Wir müssen kämpfen in Genf. Zwei Möglichkeiten bestehen: entweder Einigung nach links oder Austritt. Aber dann nehmen wir alles mit, was für den Sozialismus, für die Diktatur des Proletariats ist.“

Das ist die gradlinige Fortsetzung der Politik, die die Unabhängigen hier in Deutschland seit einem Jahre betrieben haben. „Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein!“ Mit Sozialismus hat das ebensowenig zu tun, wie mit Demokratie. Wir haben den Unabhängigen immer wieder gesagt: Ueberzeugt die Mehrheit des Volkes von eurer Idee, und Ihr werdet die Macht im Staate haben. Aber sie haben von dieser „Formaldemokratie“ nichts wissen wollen. Die hier von Hilferding angeführte Expreffertaktik ist genau das Gegenteil von dem, was er als die Aufgabe seiner Partei in der Internationale bezeichnete, nämlich: „Die Durchsetzung unsere Prinzipien zu erreichen und die anderen Parteien zu diesem Programm zu bekehren.“ Das bedeutet Anerkennung der Demokratie und Verwerfung des Terrors. Nur wenn die Unabhängigen diesen Standpunkt weiter vertreten, werden sie in der 2. Internationale mitarbeiten können an dem großen Werk der Menschheitsbefreiung. Aber daß sie das nicht beabsichtigen, beweist das zuerst angeführte Hilferding-Zitat. Sie wissen, daß die Internationale sich auf den Boden der Demokratie stellt und jede Diktatur verwirft. In Deutschland aber haben sich die Unabhängigen auf die Diktatur festgelegt, und darum ist es ihnen unmöglich, in der 2. Internationale zu verbleiben, es sei denn, daß diese in Genf den Standpunkt der Unabhängigen einnimmt. Da das aber so gut wie ausgeschlossen ist, bleibt den Unabhängigen nichts anderes als der Austritt übrig.

Wenn ihre Rechnung stimmen sollte, wenn die Anhänger der Diktatur in England und Frankreich ihnen folgen würden, dann würde die U. S. P. der von ihr so sehnsüchtig herbeigewünschten Weltrevolution den schwersten Schaden zufügen.

In den siegreichen Staaten sind die ökonomischen Vorbedingungen für eine soziale Revolution weit besser wie bei uns. Ist dort der Siegestaumel erst einigermaßen gewichen, dann wird ein einiges Proletariat mit der Befreiung der ökonomischen Verhältnisse leicht seine wirtschaftliche Lage verbessern können. Würde aber die von den Unabhängigen im Falle ihres Austrittes erwartete Spaltung des westeuropäischen Proletariats eintreten, so wären die Vorteile, die die bessere ökonomische Lage ihnen bieten würde, aufgehoben, die Macht des Kapitalismus würde eine neue Stärkung erfahren und die soziale Weltrevolution in noch weitere Ferne geschoben — durch die Politik der deutschen Unabhängigen, die über demagogische Parteipolitik schon lange den Blick für das Ganze verloren haben. So reißt sich würdig an ihre Zerstückelungsarbeit innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung die in der Internationale.

## Unabhängige Bestimmungsmethode.

Mit Recht hat die Arbeiterschaft es stets als den Gipfel moralischer Gemeinheit des Unternehmertums betrachtet, wenn dieses Arbeiter nur wegen ihrer Bestimmung hantlos auf die Straße setzte. Nichts hat im Proletariat solche Empörung ausgelöst, nichts ist als ähnlich infam und lumpig empfunden worden.

Diese Taten des Unternehmertums werden jedoch von den jetzigen Taten der Unabhängigen und Kommunisten in den Schatten gestellt. In Stettin haben sie es fertig bekommen, eine regelrechte Aussperrung andersgeinnter Arbeiter zu inszenieren. Als im Juni aus Anlaß der Beerdigung von Rosa Luxemburg die Unabhängigen und Kommunisten die Generalstreikparole ausgegeben hatten, kam ein Teil der Arbeiterschaft dieser nicht nach, weil sie keine politischen Anhänger der Beerdigten waren. In den Stettiner Werken (Automobilbau), wo die Unabhängigen und Kommunisten die Oberhand haben, beschloß darauf die Betriebsversammlung vom 16. Juni die Aussperrung derer, die nicht mitgestreikt hatten.

Nun das Schönste. Dieser Beschluß wurde nicht etwa in der Erregung, sondern mit völlig kaltem Blut durchgeführt, erst nach mehr als drei Monaten kam man wieder darauf zurück. Eine Betriebsversammlung vom 21. September stellte die Liste der „Rebellen“ auf und verordnete deren Aussperrung auf drei Tage. An die Betriebsleitung wurde eine entsprechende Mitteilung gesandt und als diese sich weigerte, der Aussperrung nachzukommen, erklärte die Belegschaft, die Arbeit einzustellen und so lange in Untätigkeit verharren zu wollen, bis die betreffenden entfernt seien. Als dies noch nichts nützte, drangen einige hundert Mann in die Stellmacherei ein, wo die Werkenten arbeiteten und warfen sie mit Gewalt hinaus.

Und wer sind die Leute, die diese Heldentat vollbrachten, daß Arbeiter von ihren eigenen Arbeitskollegen ausgesperrt und aufs Pfaster geworfen wurden? — Bis zur Revolution sah alles Gelbe und Indifferente Leute, die, solange ihnen der Schützengraben drohte, nicht einmal den Mut aufbringen konnten, in ihrer Abteilung Handzettel zu einer Werkstattparlammentar zu verbreiten, die sich bei Demonstrationen mit Urlaubskarten versehen, damit ja nicht der Ansehen erweckt würde, als wollten sie sich an der Demonstration beteiligen. Diese gelben Naturen kennen nur zwei Möglichkeiten: gefnechtet zu werden oder selbst zu knechten. Was wirkliche Freiheit ist, davon haben sie auch heute keine Vorstellung, so „revolutionär“ sie sich dünken.

In Berlin treibt man es nicht anders. In den Verkaufsstellen der Konjunktionsgesellschaften, wo die Leitung unaabhängig ist, wird das Verkaufspersonal aufgefordert, Marken für den „Roten (unabhängig-kommunistischen) Kampfvollzugsrat“ zu kleben. Als in der Verkaufsstelle Köpenick sämtliche Verkäuferinnen sich weigerten, wurde ihnen samt und sonders die Entlassung angekündigt. Es ist sehr notwendig, daß das Mitbestimmungsrecht der Angestellten bei Kündigung und Entlassung nach dem Betriebsrätegesetz schnelligst

## Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

1. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Es ist unglaublich“, fuhr sie fort, „wir sollen gepöbel werden! Ein Gerichtsvollzieher kommt in unser Haus, wie bei ordinären Leuten! Wenn das Papa erlebt hätte! Und Dewitz, die werden dir eine nette Szene machen. Und der Skandal in der Gesellschaft. Na ich danke — einen so kolossalen Skandal haben sie in Düsseldorf überhaupt noch nicht erlebt.“

Frau Regierungsrat hatte die schwarzen funkelnden Augen auf die Tochter gerichtet und erwiderte leise:

„Alle, welche uns kennen, werden tiefes Mitleid mit uns haben. Und die übrigen — verachte ich.“

„Wirklich? Glaubst du, unsere Bekannten, denen du Geld abgepumpt hast, werden dich bemitleiden? Mir scheint das zweifelhaft.“

Die Mutter erwiderte nichts, und Anna fuhr fort: „Du hast uns da was Schönes eingebracht mit deinem elenden Börsenspiel. Warum läßt du aber auch die Finger nicht davon, da du nichts davon verstehest. Gib mal das Blatt her!“

Sie trat rasch auf den Nähstisch zu und wollte den dort liegenden Börsenkurier herunternehmen. Aber die alte Frau legte trampfhaft ihre Hand darauf.

„Läßt dich! Ich brauche die Nummer noch.“

„In den Ofen sollte man das Blatt stecken. Wenn ich nur mal dem Bankier meine Meinung sagen könnte, dem ekelhaften Ador Schödel. Der hat dich schon hereingelegt mit seinen Katschagen.“

„Er hat's selber nicht besser gewußt. Er hat noch viel größere Verluste gehabt als ich.“

„Warum in aller Welt spielst du eigentlich an der Börse? Du verlierst ja doch nur.“

„Anna, sei nicht undankbar! Jahreslang habe ich doch gewonnen. Wie hätten wir sonst leben können mit dem hübschen Geld von deinem Vater?“

Die Tochter hatte sich auf einen Stuhl gesetzt und sagte nachdenklich: „Ich hätte eben schon längst heiraten sollen.“

„Aber du hast doch nicht gewollt. Die besten Partien hast du ausgelassen.“

„Die besten Partien? Klappprige Kommispartien! Ne, ne! Da hast dir keine Mühe gegeben. Sonst läße ich nicht hier.“

„Nun sprang die Frau Regierungsrat aber auf und kam aufgeregt auf Anna zu.“

„Wie kannst du das sagen! Seitdem Alice verheiratet ist, ist doch mein ganzes Leben in Sorge für dich ausgegangen. Alles hat sich um dich gedreht.“

„Du hast eben zu spät angefangen. Wie Papa tot war, hast du selbst noch auf einen Mann spekuliert. Na, schweigen wir davon! Die alten Junggesellen, die du gefüttert hast — von denen dachte keiner aus Heiraten.“

Die Mutter kniff schmerzlich die Lippen zusammen.

„Das solltest du doch nicht so ohne weiteres sagen!“

Die beiden wurden in ihrem Streit durch das eintretende Dienstmädchen unterbrochen. Die stämmige Person, die zum erstenmal in einem herrschaftlichen Hause diente, hatte geräuschvoll die Tür aufgerissen, und sagte, indem sie die Petroleumlampe hochhielt:

„Frau Düsbach, das Brennöl ist ausgegangen.“

Anna war nervös aufgefahren.

„Klopfen Sie gefälligst an, ehe sie hereinkommen. Und dann sollen Sie nicht Frau Düsbach, sondern gnädige Frau oder Frau Regierungsrat sagen. Verstehen Sie das?“

Die diese Magd schlug die Augen nieder und wagte nicht zu mücheln. Erst als Anna sagte: „Also, was gibst?“ schüttelte sie die leere Kanne ein wenig.

„Es ist kein Brennöl mehr im Hause. Soll ich was holen?“

„Der Mensch wird schon morgen welches bringen“, erwiderte Frau Regierungsrat. „Heute abend müssen wir uns so behelfen. Nehmen Sie die beiden Stehlampen und gießen Sie das Öl daraus in unsere alte. Damit werden wir schon reichen.“

Minna folgte und trug mit großer Vorsicht eine Lampe nach der anderen hinaus.

„Hast du denn gar kein Geld mehr?“

„Nichts.“

„Unglaublich!“ murmelte Anna. „Na, mir soll's recht sein. Ich geh' heute abend zu Dewitz.“

Hauptmann a. D. von Dewitz war der Schwiegersohn der Frau Regierungsrat, der Mann ihrer ältesten Tochter Alice. Er steckte selbst in ziemlich mißlichen Verhältnissen, aber vom Gerichtsvollzieher war er doch immer noch weit entfernt.

Die alte Frau rang angstvoll die Hände.

„Tu mir das nicht an, Kind. Geh' nicht zu Dewitz. Er darf's nicht erfahren.“

„Aber in ein paar Tagen erfährt's ja die ganze Welt. Warum soll ich heut abend im Dunkeln hoden?“

Sie wiegte sich aufgeregt in dem grünen Plüschsessel. Der Gedanke, daß sie diese Tage, wo die ganze Stadt laufig war, zu Hause sitzen würde, ohne Zerstreuung, ohne Essen, ohne Licht, machte sie hartnäckig und wild.

„Man könnte etwas verkaufen“, sagte Frau Regierungsrat nach einer Weile.

„Aufs Leihamt gehen?“ fragte Anna erstaunt. „Warst du da schon?“

„Bis jetzt noch nicht. Aber — wenn's sein muß. Ich könnte ja deine Laufbeder verkaufen. Die haben ja doch nichts herum.“

„Ne Mama! Was mir gehört bleibt mein! Aber deinen Schmutz wollen wir verkaufen. Was kauft du in deinen Jahren noch mit Schmutz? Gib mir mal den Schlüssel.“

Die Mutter bereute ihren Vorschlag bereits. In den letzten Jahren hatte sie, wenn Geldnot war, schon öfter diesen Ausweg erzwungen. Doch der Gedanke, daß sie, die Witwe des Regierungsrats, in deren Hause die beste Gesellschaft Düsseldorf's verkehrte, aufs Leihamt wandern sollte, war ihr stets unerträglich vorgekommen. Nun stand die eigene Tochter vor ihr und forderte ungebühdig den Schlüssel zum Sekretär, worin der Schmutz verwahrt lag.

„Flugs, flugs, Mama! Du gehst geschwind in die Kattingerstraße. Gerade über der Post, in demselben Hause, steht groß dran: Pfandleihe. Zieh' dich nur gleich an.“

Sobald Anna den Schlüssel hatte, lief sie ins Schlafzimmer und kam nach einer Weile mit einer kleinen Truhe aus blauem Plüsch wieder. Sie schüttelte die fiederlich darin verwahrten Gegenstände auf den Tisch.

Unförmige Froschen, Gemmen, zerbrochene Armbänder, die nicht wieder repariert waren, altmodische Ohrringe, aus denen die Steine abhanden gekommen, eine ganze Zeitgarnitur, die aus der Zeit der Wittentrauer stammte, Korallenketten, die Frau Düsbach noch als Kind getragen, alles lag da durcheinander. Ein grimmiger Schmerz quoll aus dem Herzen der alten Frau empor beim Anblick dieser Gegenstände, von denen die meisten teure Andenken waren, die sie alle an eine Zeit des Wohlstandes, an glückliche Stunden, an Erfolge erinnerten. Jetzt tagierte Anna pietätlos ein Stück nach dem anderen und meinte, viel Xares sei nicht dabei.

Sie ließ forschend die Blicke über ihre Mutter schweifen und entdeckte die kostbaren Ringe an deren Hand.

„Mama, den Brillantring mußt du noch drauf tun, der hat wenigstens Wert.“

Aber die Alte hatte die beringten Finger mit der anderen Hand umkrallt.

„Läßt mir den Ring, Anna, du weißt, daß ich dran hänge.“

„Der altmodische Ring! Sei doch nicht eifrig!“

„Ersterlei, aber ich will ihn behalten, es ist ein Andenken.“

„Von einem Verehrer! Papa hat sich immer drüber geärgert.“

„Also gib ihn mir her!“

Sie hielt grazios die Hand ihrer Mutter fest, und indem sie mit ihrer Junge den dünnen Finger benetzte, drehte sie ihr geschmeidig den Ring herunter. Dann gab sie ihr einen Kuß.

„So Mamachen, es tut kein bißchen weh. Und das ist das einzige vernünftige Stück in dem ganzen Gelump. Was magst du wohl dafür bekommen?“

„Der Juwelier hat ihn feinerzeit auf hundert Taler taxiert.“

Kaufmann

